Zeitschrift: Protar

Herausgeber: Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes

Band: 2 (1935-1936)

Heft: 12

Artikel: Verordnung betr. Alarm im Luftschutz = Ordonnance concernant l'alarme dans la défense aérienne

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-362500

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der 25 Meter hohe *Beobachtungsturm* gestattet einen Rundblick auf die ganze Stadt Bern. Dieser erwies sich als zwingende Notwendigkeit, da die aus Sicherheitsgründen erforderliche optische Verbindung mit bestimmten Stellen der Aussenquartiere möglich sein muss. Im Innern des Turmes werden die Schläuche getrocknet, hochziehbar vermittelst elektrischer Schlauchwinde.

Zum Schluss sei noch der vom Gebäude auf zwei Seiten eingeschlossene, geräumige Hof erwähnt, der zur Besammlung und für besondere Uebungen ausserordentlich wertvolle Dienste leistet.

Die neue Feuerwehrkaserne kann, wie das vorstehend Gesagte beweist, als eine Anlage modernsten Types ihrer Art angesehen werden, und es ist, den Bedürfnissen unserer Zeit entsprechend, den Luftschutzorganisationen Gelegenheit geboten, die vielseitigsten Uebungen durchzuführen zur zielbewussten Erfüllung der grossen Aufgaben, zur Sicherheit und zum Wohl der Bevölkerung.

Geräteraum. Sauerstoffgeräte und Grossdichtprüfanlage «Dräger». Acht Träger neben dem Dichtprüfer können direkt angeschlossen und geprüft werden. Man beachte die zwangslose Lage der Atemschläuche.
(Foto-Studio Carl Jost, Bern.

Verordnung betr. Alarm im Luftschutz

(Vom 18. September 1936.)

Der Schweizerische Bundesrat

gestützt auf den Bundesbeschluss vom 29. September 1934 betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung,

beschliesst:

Art. 1.

Diese Verordnung bezweckt, die rechtzeitige Alarmierung der Bevölkerung bei drohenden Fliegerangriffen sicherzustellen.

Art. 2.

Das ganze Gebiet der Schweiz wird in Alarmzonen eingeteilt. In jeder Alarmzone bestehen eine oder mehrere militärische Auswertezentralen, welche zur Organisation des militärischen Fliegerbeobachtungs- und Meldedienstes gehören.

Jede Alarmzone wird von ihren Auswertezentralen aus alarmiert.

Art. 3.

Alle luftschutzpflichtigen Ortschaften haben eine Alarmzentrale einzurichten, die mit einer Auswertezentrale der Alarmzone verbunden ist.

Nicht luftschutzpflichtige Ortschaften, die von sich aus Alarmzentralen einrichten wollen, müssen den Anschluss an eine Auswertezentrale herstellen.

Art. 4.

Jeder Alarmzentrale wird ein bestimmtes Gebiet, der Alarmsektor, zur Alarmierung zugewiesen.

Der Alarmsektor kann eine Ortschaft und ausserdem angrenzende Gebiete umfassen. Seine Grösse richtet sich nach den topographischen und sonstigen örtlichen Verhältnissen.

Art. 5.

Luftschutzpflichtige Betriebe haben für Anschluss an Alarmzentralen und Weitergabe des Alarmes in ihren Anlagen selbst zu sorgen.

Art. 6.

Der Befehl zur Alarmierung wird von den Auswertezentralen aus an die angeschlossenen Alarmzentralen und Bahnhöfe gegeben.

Die Alarmzentralen alarmieren die Bevölkerung der Ortschaften sowie weitere angeschlossene Alarmzentralen, Betriebe und Instanzen.

Art. 7.

Bei überraschenden Fliegerangriffen haben die Ortsleiter von sich aus den Alarmsektor zu alarmieren.

Art. 8.

Der Befehl für die Aufhebung des Alarmzustandes wird von den Auswertezentralen gegeben.

Für besondere Fälle kann in den technischen Ausführungsbestimmungen eine andere Regelung vorgesehen werden.

Art. 9.

Für die Uebermittlung des Alarmes von der Auswertezentrale zu den Alarmzentralen sowie von den letzteren zu den angeschlossenen Betrieben und In-

stanzen sind im Einvernehmen mit den zuständigen Telephonämtern die nötigen telephonischen Verbindungen zu regeln.

Die Bereitstellung von Leitungen ausserhalb der örtlichen Teilnehmeranschlüsse bedarf der vorgängigen Zustimmung des Waffenchefs der Genietruppen, bzw. des Telegraphenchefs der Armee.

Art. 10.

Die Bevölkerung wird durch ortsfeste, zentral gesteuerte, und durch fahrbare Sirenen alarmiert, welche die luftschutzpflichtigen Gemeinden bereitzustellen haben.

Die technischen Einzelheiten sind in einem Pflichtenheft sowie in Montage- und Installationsvorschriften festgelegt, die für Gemeinden und Lieferanten verbindlich sind.

Art. 11.

Zur öffentlichen Alarmierung dürfen nur behördlich zugelassene Alarmanlagen verwendet werden.

Für den Notfall sind geeignete Ersatzmittel vorzusehen.

Art. 12.

Betriebe aller Art können für die interne Weitergabe des Alarmes in ihren Anlagen beliebige Mittel verwenden, vorausgesetzt, dass diese von der Belegschaft eindeutig verstanden werden.

Art. 13.

Das Zeichen «Fliegeralarm» ist ein periodisch an- und abschwellender Sirenenton zwischen 250—400 Perioden/Sekunden, welcher 3 Minuten dauert.

Art. 14.

Das Zeichen «Endalarm» ist ein hoher Dauerton von 400 Perioden/Sekunden und von 3 Minuten Dauer.

Art. 15.

Der Bund beschafft die vorschriftsmässigen Geräte für die Alarmanlagen und gibt sie den Kantonen zuhanden der Gemeinden zum halben Preise ab.

An die effektiven Installationskosten leistet der Bund nach Prüfung und Abnahme der Alarmanlagen die Hälfte.

Die Kantone haben das Verhältnis zu bestimmen, in welchem die auf sie entfallende Hälfte der gesamten Kosten zwischen ihnen und den luftschutzpflichtigen Gemeinden ihres Gebietes zu verteilen ist, doch sind sie dem Bunde gegenüber jedenfalls voll haftbar.

Art. 16.

Die Gemeinden haben für den richtigen Unterhalt und die Kontrolle ihrer Alarmanlagen auf eigene Kosten zu sorgen.

Art. 17.

Die Alarmanlagen sind in regelmässigen Zeitabständen auf ihr richtiges Funktionieren im Betriebe zu prüfen. Die Bevölkerung ist über das Ertönen der Sirenen zum voraus zu unterrichten.

Die Prüfung der Anlagen darf nur mit dem Zeichen «Endalarm» vorgenommen werden.

Das Zeichen «Fliegeralarm» ist im Frieden nur bei Luftschutzübungen zulässig, die vom Eidgenössischen Militärdepartemente angeordnet werden.

Art. 18.

Normale Fabriksirenen und ähnliche für Zeichen irgendwelcher Art verwendete Einrichtungen dürfen nicht im Frequenzbereich von 180—450 Perioden/Sekunden arbeiten.

Die Verwendung von an- und abschwellenden Heultönen zu anderen als Luftschutzzwecken ist überhaupt untersagt.

Art. 19.

Die behördlichen Kontrollorgane haben jederzeit Zutritt zu den Alarmanlagen.

Art. 20.

Widerhandlungen gegen diese Verordnung werden nach Massgabe des Bundesratsbeschlusses vom 3. April 1936 betreffend Strafvorschriften für den passiven Luftschutz geahndet.

Art. 21.

Der Vollzug dieser Verordnung, soweit er dem Bunde obliegt, sowie der Erlass technischer Ausführungsbestimmungen, ist Sache des Eidgenössischen Militärdepartementes. Dieses kann bestimmte Befugnisse der Eidgenössischen Luftschutzkommission übertragen.

Das Eidgenössische Militärdepartement setzt fest, bis wann die erforderlichen Einrichtungen in materieller und personeller Hinsicht in den Ortschaften bereit sein müssen.

Art. 22.

Die vorliegende Verordnung tritt am 25. September 1936 in Kraft.

Bern, den 18. September 1936.

Im Namen des Schweiz. Bundesrates,
Der Bundespräsident:
Meyer.
Der Bundeskanzler:
G. Bovet.

Ordonnance concernant l'alarme dans la défense aérienne

(Du 18 septembre 1936.)

Le Conseil fédéral suisse,

vu l'arrêté fédéral du 29 septembre 1934 sur la défense passive de la population civile contre des attaques aériennes,

arrête:

Article premier.

La présente ordonnance doit permettre d'alarmer à temps la population en cas de menace d'attaques aériennes.

Art. 2.

Le territoire de la Suisse est divisé en zones d'alarme. Chacune d'elles comprend une ou plusieurs centrales de renseignements, qui font partie du service de repérage et de signalisation d'avions de l'armée.

Chaque zone est alarmée par ses centrales de renseignements.

Art. 3.

Toutes les localités astreintes à la défense aérienne

doivent installer une centrale d'alarme, qui sera reliée à une centrale de renseignements de la zone d'alarme.

Les localités non astreintes à la défense aérienne qui installent de leur propre chef des centrales d'alarme doivent les relier à une centrale de renseignements.

Art. 4.

A chaque centrale d'alarme est attribué un secteur déterminé, dit secteur d'alarme.

Le secteur d'alarme peut comprendre une localité et, en outre, des régions limitrophes. Son étendue est déterminée par les conditions topographiques et locales.

Art. 5.

Les établissements astreints à la défense aérienne doivent eux-mêmes se relier aux centrales d'alarme et transmettre l'alarme dans leurs installations.

Art. 6.

Les centrales de renseignements donnent l'ordre d'alerte aux centrales d'alarme et gares qui y sont reliées.

Les centrales d'alarme alertent la population des localités, ainsi que les autres centrales d'alarme, établissements et agents qui y sont reliés.

Art. 7.

En cas d'attaques brusquées, les chefs locaux alarment de leur propre initiative le secteur d'alarme.

Art. 8.

L'ordre mettant fin à l'état d'alarme est donné par les centrales de renseignements.

Les dispositions d'exécution techniques peuvent, pour certains cas, prévoir une autre réglementation.

Art. 9.

Les communications téléphoniques nécessaires seront réglées, d'entente avec les offices téléphoniques compétents, pour la transmission de l'alarme des centrales de renseignements aux centrales d'alarmes et, de ces dernières, aux établissements et agents qui y sont reliés.

La préparation des liaisons en dehors du réseau téléphonique local ne peut se faire qu'avec l'assentiment préalable du chef d'arme du génie ou du chef du télégraphe de l'armée.

Art. 10.

La population est alarmée par des sirènes fixes, à commande centrale, et par des sirènes mobiles, installées par les communes astreintes à la défense aérienne.

Les détails techniques sont fixés dans un cahier des charges, ainsi que dans des prescriptions sur le montage et l'installation qui sont obligatoires pour les communes et les fournisseurs.

Art. 11.

L'alarme publique ne peut être donnée qu'au moyen d'installations admises par l'autorité.

On prévoira, pour le cas de besoin, d'autres moyens appropriés.

Art. 12.

Les établissements de toutes sortes peuvent, pour la transmission interne de l'alarme, employer n'importe quels moyens, pourvu que leurs signaux soient exactement compris par le personnel.

Art. 13.

Le signal «alerte aux avions» est un son de sirène tenu pendant 3 minutes qui oscille périodiquement entre 250 et 400 périodes-secondes.

Art. 14.

Le signal «fin d'alerte» est un son élevé continu d'une fréquence de 400 périodes-secondes, tenu pendant 3 minutes.

Art. 15.

La Confédération se procure le matériel réglementaire pour les installations d'alarme et le remet à moitié prix aux cantons, à l'intention des communes.

La Confédération prend à sa charge la moitié des frais effectifs d'aménagement des installations d'alarme qui ont été reconnues.

Les cantons fixent la proportion dans laquelle la moitié des frais qui leur incombe doit être répartie entre eux et les communes de leur territoire astreintes à la défense aérienne. Ils sont toutefois entièrement responsables envers la Confédération.

Art. 16.

Les communes entretiennent et contrôlent à leurs frais leurs installations d'alarme.

Art. 17.

Les installations d'alarme seront mises en marche périodiquement en vue du contrôle de leur fonctionnement. La population doit être prévenue de la mise en action des sirènes.

Pour le contrôle, le signal «fin d'alerte» doit seul être employé.

En temps de paix, le signal «alerte aux avions» n'est admis que dans les exercices de défense aérienne ordonnés par le Département militaire fédéral.

Art. 18.

Les sirènes normales des fabriques et les autres installations semblables de signalisations ne doivent pas travailler entre les fréquences de 180 à 450 périodes-secondes.

Il est interdit d'employer à des buts étrangers à la défense aérienne des sons mugissants augmentant puis diminuant de fréquence.

Art. 19.

Les agents officiels de contrôle ont en tout temps accès aux installations d'alarme.

Art. 20.

Les infractions à la présente ordonnance seront poursuivies conformément à l'arrêté du Conseil fédéral du 3 avril 1936 réprimant les infractions en matière de défense aérienne passive.

Art. 21.

Le Département militaire est chargé de l'exécution de la présente ordonnance dans la mesure où elle incombe à la Confédération; il arrêtera les dispositions d'exécution techniques. Il peut déléguer certaines attributions à la commission fédérale de défense aérienne passive.

Le Département militaire fixe la date à laquelle les installations devront être prêtes dans les localités, quant au personnel et au matériel.

Art. 22.

La présente ordonnance entre en vigueur le 25 septembre 1936.

Berne, le 18 septembre 1936.

Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président de la Confédération,

Meyer.

Le chancelier de la Confédération,

G. Bovet.